

Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH · Herrenstr. 7 · 30159 Hannover



Nov / Dez 2018



„Nichtbefassung“ – ein neuer Trick im Umgang mit der AfD?

„Nichtbefassung“ - das ist offenbar die neuste Masche der Anti-AfD-Front im hannoverschen Rathaus, um unliebsame Anträge des politischen Konkurrenten AfD abzuschmettern. Auf der Tagesordnung stand der Antrag der AfD-Fraktion, die Vorfälle beim „Fest der Kulturen“ am 18. August zu missbilligen. Jetzt also „Nichtbefassung“. Und der beschuldigte Ratsherr Oliver Förste war abwesend. Es hieß, er sei „krank“. Ob er die Vorwürfe gegen ihn glaubhaft hätte entkräften können, ist allerdings fraglich; schließlich war er seinerzeit erheblich alkoholisiert.

Nicht folgen wollte die große Ratsmehrheit auch dem AfD-Antrag, der zu einer bedingungslosen Ächtung der weiblichen Genitalbeschneidung aufruft. Die AfD hatte nach missverständlichen Äußerungen der Justizministerin Katarina Barley (SPD) in einem Zeitungsinterview Klärungsbedarf gesehen. Man konnte Frau Barley seinerzeit nämlich auch so verstehen, als habe sie in dem Interview religiös motivierte Beschneidungen in einem etwas anderen Licht gesehen als Beschneidungen mit anderem Hintergrund.

Seitens der SPD wurde beteuert, man habe sich stets an vorderster

Bürgersprechstunde

Wir laden Sie herzlich ein, uns bei der nächsten Bürgersprechstunde zu besuchen. (Bitte anmelden)

Front für die Frauenrechte eingesetzt. Was die AfD da mache, sei „gezielte Diskreditierung von Bevölkerungsgruppen“. Zu diesem Thema hatte das Deutsche Ärzteblatt schon im Jahr 2006 wörtlich geschrieben: „Zunehmende Migration verschärft das Problem der weiblichen Beschneidung auch in Deutschland.“ Aber sicher war das auch nur „Hetze“ und „gezielte Diskreditierung“. (afd/aup)



Monat für Monat 100 neue Asylbewerber

Immer noch kommen monatlich über 100 neue Asylbewerber nach Hannover. Da es die Stadt in den letzten Jahrzehnten versäumt hat, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, wird der Wohnraum immer knapper. Die meisten neu gebauten Wohnungen werden derzeit an Zugewanderte vergeben. Die eigene Bevölkerung geht dabei fast leer aus. Die AfD setzt sich deshalb auf allen Ebenen dafür ein, die von Angela Merkel initiierte Herrschaft des Unrechts zu beenden – für Deutschland, für unser Heimatland. Zum Thema „Asylchaos und Wohnungsmarkt“ sehen Sie auch unser Video:



Zuschüsse mit der Gießkanne – keine messbaren Erfolge

Die Sozialpolitiker im hannoverschen Stadtrat haben die Spenderhosen an und verteilen Zuschüsse an alle möglichen Vereine und Projekte im großen Stil. Von zaghaften Kürzungen oder vielleicht auch einmal kompletten Streichungen will keiner etwas wissen - außer der AfD, deren Anträge am Montag im Sozialausschuss aber, kaum überraschend, sämtlich abgelehnt wurden, mit jeweils 10:1 Stimmen.

Hauptstein erinnerte daran, dass die Stadt einen Schuldenberg von zwei Milliarden Euro vor sich herschiebt. Trotz guter Konjunktur, Steuereinnahmen wie nie zuvor und historisch niedriger Zinsen sei aber für 2019 eine Neuverschuldung von 20 Millionen Euro vorgesehen, für 2020 sogar von 36 Millionen. Damit werden die Generationen unserer Kinder immer mehr belastet, für sie werde es keinerlei finanziellen Spielraum mehr geben. Dabei hätten die ausufernden Sozialausgaben nicht einmal einen messbaren Erfolg gebracht, eine Erfolgskontrolle finde nicht statt. „Es wird immer mehr Geld für soziale Zwecke mit der Gießkanne verteilt, aber Kinderarmut und Obdachlosigkeit nehmen trotzdem immer mehr zu“, sagte Hauptstein, und an die dauerregierende SPD gerichtet: „Alles, was Sie in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, ist ganz offenkundig grandios gescheitert.“ (afd/aup)



Mitteilungsblatt

AfD-Fraktion im Rat der LHH · Herrenstr. 7 · 30159 Hannover



Nov / Dez 2018



Fragwürdiger „Trinkerraum“

Vieles sieht die AfD-Fraktion sehr viel kritischer als die große Mehrheit in der Ratsversammlung, wenn sie es nicht sogar schlichtweg ablehnt. So kann AfD-Ratsherr Markus Karger auch die allgemeine Zustimmung zur „sozialen Einrichtung Kompass“, besser bekannt als „Trinkerraum“, nicht teilen. Dabei kann Karger, als aktiver Bundespolizist häufig im und um den Bahnhof im Einsatz, die Lage vor Ort sicher besser beurteilen als jeder andere in der Ratsversammlung. Bei den Beratungen über die weitere Finanzierung dieses „Trinkerraums“ äußerte Karger Zweifel am Erfolg dieses Projekts.

Die „richtigen“, also die schwerstalkoholisierten Trinker, die am dringenden Hilfe bräuchten, würden abgewiesen, sagte Karger. Öffnungszeiten von lediglich 11 - 19 Uhr lösten die wahren Probleme nicht. Häufig komme es in der Umgebung zu größeren Schlägereien. Und den besonders schutzbedürftigen Frauen nütze der „Kompass“ auch wenig; sie

suchten ihn kaum auf, weil sie sich dort unwohl fühlten. Besser ist es, die für den Trinkerraum verwendeten Mittel in den Wohnungsbau für Obdachlose zu stecken, so Karger. (afd/aup)



SPD verbrennt sich die Finger

Es war ein schlechter Tag für das SPD-Establishment im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt. Die Fraktion der SPD mit Kerstin Klebe-Politze an der Spitze geriet in der jüngsten Sitzung am 6. Dezember heftig unter Beschuss. Auslöser war ein SPD-Antrag, der Bezirksrat möge eine Resolution gegen „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hetze“ beschließen, wobei in der Begründung ausdrücklich auf „ein Flugblatt“ der AfD verwiesen wird. Bevor sich AfD-Bezirksrats herr Reinhard Hirche in scharfer Form gegen solche „dämlichen Schlagworte“ verwahrte, kam kräftiger Gegenwind für die SPD von ganz unerwarteter Seite.

Sabine Dudda, Vorsitzende der CDU-Fraktion, äußerte sich empört über ein Pamphlet der SPD, das diese bereits im Oktober in den Stadtteilzeitungen des Westphal-Verlags platziert hatte; Verfasserin: die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Maria-Theresa Eggers. Frau Dudda warf nun der SPD ihrerseits „Hetze“ vor.

Eine weitere Figur mit dem Stallgeruch des SPD-Establishments ist Bezirksbürgermeister Rainer Göbel. Sagen wir mal freundlich-zurückhaltend: Er drückt ohnehin gerne ein Auge für die SPD zu. So gab Göbel, wie auch schon in vorigen Sitzungen, Anlass zu Zweifeln an der Korrektheit seiner Sitzungsleitung, und zwar im Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Antrag „Resolution gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hetze“. Was war geschehen? Frau Klebe-Politze verband die Verlesung des Antrags mit einer langen „persönlichen Erklärung“ - was gegen die Geschäftsordnung verstößt! Göbel ließ sie gewähren. Das empörte die Bezirksratsfrau Julia Grammel (Linke).

Göbels windelweiche Abwiegelungsversuche konnten Frau Grammel nicht beruhigen. Sie verlangte mehrfach eine klare Aussage Göbels, ohne sie zu erhalten. Wie hätte Göbel die auch machen können, ohne letztlich eingestehen zu müssen, dass der SPD ganz offenkundig etwas erlaubt ist, was anderen verwehrt wird.

Die westlichen Stadtteile Hannovers sind eben seit Jahrzehnten fest in SPD-Hand, und besonders wohl in diesem SPD-Biotop fühlt sich ganz offensichtlich die Familie Klebe-Politze. Fast möchte man von einer Dynastie sprechen: der Schwiegervater der besagten Frau Klebe-Politze, Günter Politze, war langjähriger Bezirksbürgermeister von Ahlem-Badenstedt-Davenstedt. Aber auch über die Bezirksgrenzen hinaus besetzt man Mandate: Frau Klebe-Politze's Gatte Stefan Politze sitzt für die SPD im Niedersächsischen Landtag, Sohn Felix Klebe in der Regionsversammlung. (afd/aup)

Für Sie vor Ort:

Wir sind immer wieder mit unseren Ratsherren vor Ort und hören Ihnen gerne zu. Nutzen Sie die Gelegenheit und kommen Sie gerne auf uns zu. Wann und wo wir stehen, erfahren Sie auf unserer Facebook-Seite.



Impressum

AfD-Fraktion im Rat der LHH
Herrenstr. 7 · 30159 Hannover
0511-168-31845

info@afd-fraktion-hannover.de
www.afd-fraktion-hannover.de